

Lübener Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübener Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 2,40 M., monatlich 80 Pfg.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Telephon Nr. 126.

Die Anzeigengebühr beträgt für die lehrgehaltene Zeile oder deren Raum 25 Pfg., Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 15 Pfg., anständige Anzeigen 30 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, spätere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 66.

Montag, den 19. März 1917.

24. Jahrg.

Was Deutschland tun muß.

Der Sieg der Revolution in Petersburg hat eine Lage geschaffen, die in vieler Beziehung an die Ereignisse nach dem 2. September 1870 erinnert. Nach der Gefangennahme Kaiser Napoleons entstand in Paris die Regierung der nationalen Verteidigung, an deren Spitze Jules Favre, Ferry und Gambetta standen. Am 24. September teilte Jules Favre, der Minister des Auswärtigen, mit, daß er den Grafen Bismarck habe besuchen wollen, um die Absicht des Feindes kennenzulernen. Es habe sich nun herausgestellt, daß Preußen Elsaß und Lothringen bis Metz verlange. Gegen diese „unverschämten Ansprüche“ proklamierte die französische Regierung den Kampf bis aufs Äußerste.

Indes, der Vergleich zwischen dem Frankreich von 1870 und dem Rußland von 1917 trifft in vieler Beziehung nicht zu. Der Kaiser von Rußland befindet sich nicht als Gefangener in den Händen des Feindes. Die Herrschaft der zaristischen Monarchie war durch eine von außen her zwingende Tatsache beendet, die russische Monarchie ist zwar in ihren Wurzeln erschüttert, ja, der Zar soll nach den Mitteilungen Bonar Law im englischen Unterhaus abgedankt haben. Doch ist ein Verwandter von ihm, Michael Alexandrowitsch, als Regent ernannt. Auf jeden Fall aber sind die augenblicklichen Machthaber von Petersburg wahrscheinlich viel weniger friedlich gesonnen, als es die Favre, Ferry und Gambetta im September 1870 waren. Was sie wollen oder was sie wenigstens zuvor in ihren Reden als ihr Programm verkündet hatten, das ist nicht der Frieden, sondern die bessere Fortführung des Krieges.

Es darf jedoch nicht vergessen werden, daß die revolutionäre Dumaregierung ihren Sieg Kräften verdankt, die in ihrem Ziel anders gerichtet sind als sie selbst. Der Sturm, den sie in ihre Segel gefangen, und der sie pfeilschnell zum Ziele geführt hat, geht seinen eignen Weg und folgt seinen eignen Gesetzen. Die gärende Unruhe der Massen entspringt nicht patriotischer Besorgnis um Rußlands Schicksal, und sie treibt nicht zum Ziel eines glänzenden Sieges nach endlosen Kriegen. Sondern die Massen, die sich an den kritischen Wärtagen schreien und plündernd durch die Straßen Petersburgs bewegen, wollen Brot und die Beendigung des Völkergemeinkes. Die 30 000 Soldaten der Petersburger Garnison haben mit der Revolution gemeinsame Sache gemacht, aber sie haben es sicher nicht in der Absicht getan, von der neuen Regierung, der sie zum Siege verholfen haben, abermals zur Schlachtbank geführt zu werden.

Die liberal-nationalistische revolutionäre Regierung steht also zwischen zwei Feuern. Auf der einen Seite drohen ihr von der Front her, an der sich der Zar befindet, unbestimmte Ereignisse. Auf der andern Seite kann sie nicht sicher darüber sein, ob sie imstande sein wird, die Massen zu beherrschen, die ihr zur Herrschaft verholfen haben. Sie kann die Aufgabe, die sie übernommen hat, nur dann lösen, wenn ihr auf ihrem Wege zwei unzertrennliche Begleiter zur Seite stehen: höchste staatsmännische Geschicklichkeit und — Glück!

Was bedeutet die russische Revolution für Deutschland als eine gegen Rußland kriegsführende Macht? Zunächst ist es klar, daß die Ereignisse in Rußland in militärischer Beziehung ein günstiges Vorzeichen für uns bedeuten. Daß es zu solchen Ereignissen kommen konnte, zeigt die tiefe Zersetzung des russischen Staatskörpers. Selbst angenommen, die Reaktion würde von der Front eine Truppenmacht abziehen können, um sie gegen die aufständische Hauptstadt zu schicken, und selbst angenommen, diese Expedition wäre von Erfolg begleitet, so würde die russische Widerstandskraft durch solche inneren Auseinandersetzungen noch weiter auf schwerste geschädigt werden. Auch die Absetzung des Zaren als militärischer Befehlshaber wird nicht ohne die schwerste Zerrüttung der Armee vorübergehen. Der für die Erhaltung der russischen Kampfkraft günstige Fall wäre der eines Kompromisses zwischen dem Zarismus ohne Nikolaus II. und der siegreichen Revolution.

Welche Folgerungen die deutsche Heeresleitung aus den russischen Vorgängen für ihre Kriegsführung ziehen will, muß ihr selbst überlassen bleiben. Sicher aber ist auch die deutsche Staatsmannschaft, die deutsche Kriegspolitik, vor neue große Aufgaben gestellt, durch deren geschickte Lösung sie möglicherweise für das Wohl des deutschen Volkes und ganz Europas Gewaltiges leisten kann. Das Rußland, das in den Tagen vom 10. zum 13. März entstanden ist, ist nicht mehr das Rußland, gegen das wir nun seit mehr als 2½ Jahren Krieg geführt haben. Wir sind bereit und müssen bereit sein, mit diesem neuen Rußland in Frieden zu leben, von dem Tage an, an dem es Frieden mit uns haben will. Dieses neue Rußland soll von uns erfahren, daß es nur nach seinem Willen und nicht nach unserm geschieht, wenn der Krieg noch länger fort dauert.

Zwischen dem Deutschen Reich und einem freiheitlich regierten Rußland bestehen keine Differenzpunkte, die nicht auf dem Wege der Verständigung beseitigt werden können. Auch die so viel umstrittene Frage der polnischen Selbst-

ständigkeit gewinnt ein völlig verändertes Gesicht, sobald Polen nach dem Osten hin nicht mehr mit einem despotischen Zarismus zu rechnen hat. Dieser despotische Zarismus war es, der die beiden slavischen Völker, Russen und Polen, voneinander trennte. Der Sieg der russischen Revolution wird in Polen eine tiefgehende Bewegung auslösen. Die deutsche Regierung wird mit solchen Tatsachen zu rechnen haben, und sie wird sich fragen müssen, ob sie nicht durch die neu geschaffene Lage auch zu neuen Entschlüssen gedrängt wird.

Ueber diese Einzelfragen hinaus wird es als allgemeine

Richtlinie der deutschen Politik gelten müssen, dem neuen Rußland goldene Brücken zum Frieden zu bauen.

Der leitende deutsche Staatsmann von heute könnte die Verantwortung für eine Verlängerung des Krieges über das notwendige von den Gegnern gewollte Maß hinaus nicht auf sich nehmen. Er hat auch nicht wie Bismarck bei seinen Verhandlungen mit Frankreich im Jahre 1870 den Rücken frei. Darum muß er alles tun, um der friedlichen Unterbringung der russischen Revolution das Emporkommen gegenüber der kriegerischen Oberströmung zu erleichtern.

Die russische Revolution.

Es wird bekanntlich selten so viel gelogen, als im Kriege. Und spielen sich nun gar noch im Verlaufe desselben Ereignisse ab, wie die bürgerliche Erhebung in Petersburg, dann kommt das Schwindeln keine Grenzen mehr. Eine Nachricht sagt die andere und die eine widerspricht immer der anderen. Wo da die Wahrheit liegt, weiß niemand. Eine Tageszeitung aber ist gezwungen, einem großen Teil dieser Meldungen, wenn sie nicht von vornherein den Stempel der Lüge an der Stirn tragen, Raum zu geben. Sie kann nur immer wieder ihren Lesern raten, manche Nachrichten mit Vorsicht zu genießen.

Die Thronentlagung des Zaren Nikolaus — über dessen Aufenthalt die widersprechendsten Meldungen in die Welt hinausgehen — liegt nunmehr in folgendem Manifest vor:

„Wir von Gottes Gnaden, Nikolaus II., Kaiser aller Russen, Zar von Polen, Großfürst von Finnland usw., tun unseren getreuen Untertanen hierdurch folgendes kund:

In den Tagen des großen Kampfes gegen den äußeren Feind, der sich seit drei Jahren demüht, unser Vaterland zu unterjochen, hat Gott Rußland eine neue Prüfung schiden wollen. Innere Schmerzensdrohen eine verhängnisvolle Rückwirkung auf den endgültigen Ausgang des hartnäckigen Kampfes auszuüben. Die Zukunft Rußlands, die Ehre unserer Armee, das Glück des Volkes und die ganze Zukunft unseres teuren Vaterlandes verlangen, daß der Krieg um jeden Preis bis zum jüngsten Ende geführt wird. Der grausame Feind macht keine leichten Anstrengungen und der Augenblick ist nahe, wo unser tapferes Heer in Uebereinstimmung mit unseren glorreichen Verbündeten den Feind endgültig zu Boden stößt. In diesen für das Leben Rußlands entscheidenden Tagen hielten wir es für eine Gewissenspflicht, unserem Volke die enge Vereinigung und Organisation aller seiner Kräfte, um den schnellen Sieg zu verwirklichen, erleichtern zu müssen. Deshalb haben wir in Uebereinstimmung mit der Duma des Reiches es für gut erkannt, der Krone des russischen Staates zu entsagen und die oberste Gewalt niederzulegen. Da wir uns nicht von unserem geliebten Sohne trennen wollen, übertragen wir unsere Erbfolge auf unseren Bruder, den Großfürsten Michael Alexandrowitsch, den wir bei der Abdankung des Thrones des russischen Staates segnen. Wir beauftragen unsern Bruder, in voller Uebereinstimmung mit den nationalen Vertretern zu regieren, die geschwäglichen Einrichtungen aufrechtzuerhalten und auf sie namens des vielgeliebten Vaterlandes einen unverletzlichen Eid zu leisten. Wir fordern alle treuen Söhne des Vaterlandes auf, ihre heilige Vaterlandspflicht zu erfüllen, dem Zaren in dem schwersten Augenblick nationaler Prüfungen zu gehorchen und ihm mit den Vertretern des Volkes beihilflich zu sein, den russischen Staat den Weg des Glückes und Ruhmes zu führen. Gott schütze Rußland!“

Daß diese Thronentlagung wirklich so freiwillig geschehen ist, als es nach dem Wortlaut der Proklamation den Anschein hat, glaubt wohl niemand; sie ist geboren unter dem Zwang der Verhältnisse. Ob aber nicht in der Brust des Abgedankten beim erzwungenen Unterzeichnen dieser Entlassung die stille Hoffnung wohnte, daß eine reaktionäre Welle ihn wieder auf den Thron bringen kann? Wir möchten das als sicher annehmen.

Nach diesem Manifest hat sich nun nach einer über Koppenhagen kommenden Meldung der Großfürst Michael Alexandrowitsch durch eine Proklamation bereit erklärt, unter gewissen Bedingungen den zwar lohnenden, aber immerhin etwas gefährlichen Posten anzunehmen. Die Proklamation lautet:

„Durch meines Bruders Willen wurde mir eine schwere Aufgabe auferlegt, indem mir während eines Krieges ohne Seitenstand und unter inneren Unruhen der zaiserliche Thron übertragen wurde. Bewußt von dem gleichen Gedanken, der das ganze Volk erfüllt, daß das Wohl des Vaterlandes allem vorgeht, sagte ich den letzten Entschluß, die höchste Macht nur unter der Bedingung anzunehmen, daß es der Wille des Volkes ist, indem das Volk durch ein Plebiszit, ausgedrückt durch seine Repräsentanten, in einer konstituierenden Versammlung die Regierungsform und neue Verfassung des russischen Staates festlegen muß. Indem ich den Segen des Höchsten herabsetze, stelle ich also allen russischen Mitbürgern anheim, sich der Regierung zu unterordnen, die auf die Initiative der Duma gebildet und mit aller Macht und Autorität ausgerüstet ist, bis durch eine allgemeine, direkte, gleiche und geheime Abstimmung die gewünschte konstituierende Versammlung durch ihren Beschluß über die Regierungsform den Volkswillen ausgedrückt hat.“

Man konnte es kaum für möglich halten, daß ein Bruder des Zaren sich dem Willen der Masse unterordnen würde. Jedenfalls war diese Proklamation ein Entwurf, den man ihm zur Unterzeichnung vorlegte, was er aber ablehnte. Denn inzwischen meldet die Petersburger Telegraphen-Agentur, daß der

Großfürst Michael Alexandrowitsch seinen Thronrechten entzagt hat.

Wenn diese letztere Meldung zutrifft, dann dürfte das das Ende der Dynastie Romanows bedeuten. Man mag das als einen wesentlichen Erfolg der bürgerlichen Erhebung blicken. Wir möchten aber zunächst die weitere Entwicklung der Dinge abwarten, ehe wir diese Schlussfolgerung ziehen.

Aus diesen Vorgängen, wie auch aus anderen Nachrichten geht hervor, daß in Petersburg noch ein gewaltiges Chaos herrscht. Wird die neue Regierung, desselben nicht schließlichen Herr, dann ist auch ihre Herrschaft bedroht. Zunächst wohl kaum von den Arbeitern, denen sie gezwungenermaßen ganz wesentliche Zugeständnisse gemacht hat; Zugeständnisse, die, wenn sie verwirklicht werden, Rußland an die erste Stelle der konstitutionellen und demokratischen Staaten der Welt setzen würde. Wohl aber von der Reaktion, die natürlich versuchen wird, eine Gegenrevolution ins Leben zu rufen, wie es in Moskau, wo die Kämpfe noch andauern, und in anderen Gouvernements des Ostens bereits geschehen sein soll. Eine Reihe Gouverneure erklärt, daß sie sich der neuen Regierung nicht unterwerfen, was der Gegenrevolution sehr zutrifft kommt.

Die Versprechungen der neuen Regierung gipfeln in folgender Proklamation:

Mitbürger!
Der provisorische Volksgesandtschaft der Reichs-Duma hat, unterstützt von der Hilfe der Garnison und der Einwohner der Hauptstadt jetzt vollständig den schädlichen Einfluß der alten Regierung gebrochen, so daß er jetzt zur festen Organisation der ausführenden Macht schreiten kann. In diesem Augenblick ernannt der provisorische Ausschuss folgende Minister des ersten nationalen Kabinetts, dessen frühere öffentliche und politische Tätigkeit ihm das Vertrauen des Landes sichert. (Hier folgen die bereits gemeldeten Namen.) Die neue Regierung will ihre Politik auf folgenden Grundföhen aufbauen:

1. Allgemeine unmittelbare Universalien für alle Personen, die Verbrechen politischer oder religiöser Natur begangen haben, darunter auch terroristische Handlungen, Militärrevolten und Verbrechen gegen die Landwirtschafsgesetze.

2. Meinungs-, Presse-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit, sowie Streikrecht mit Ausdehnung dieser Rechte auf Militärpersonen innerhalb der Grenzen, die die militärischen und technischen Verhältnisse gestatten.

3. Abschaffung aller aus sozialen, religiösen und nationalen Gründen bestehenden Einschränkungen.

4. Unmittelbare Vorname der Vorbereitungen zur Einberufung einer konstitutionellen Versammlung, die auf dem allgemeinen Stimmrecht beruhen, die Regierung einrichten und die Verfassung annehmen soll.

5. Die Polizeikonstitution wird durch eine Nationalmiliz mit gewählten Chefs, die der Leitung der Selbstverwaltung unterstellt werden, ersetzt.

6. Die Kommunalwahlen finden auf Grund des allgemeinen Wahlrechts statt.

7. Die Truppen, die an der revolutionären Bewegung beteiligt sind, sollen nicht entlassen, sondern in Petersburg konzentriert werden. (Unverständlich; wahrscheinlich ein Uebersetzungsfehler.)

8. Abschaffung aller Einschränkungen für Soldaten hinsichtlich der sozialen Rechte, die andere Mitbürger besitzen, doch unter der Bedingung einer strengen militärischen Disziplin im aktiven Dienst.

Die provisorische Regierung legt Gewicht darauf hinzuweisen, daß sie nicht beabsichtigt, den Kriegszustand zu beenden, nur die Durchführung der eben genannten Reformen aufzuheben.

Schon die nächsten Tage werden lehren, ob diese Versprechungen mehr sind als Worte. Einen Anfang zur Verwirklichung hat der Minister Kerenski von der Ludowski gemacht. Neuer meldet: Der Justizminister ordnete an, daß zukünftig keine Prozesse wegen politischer Verbrechen stattfinden sollen. Die neue Regierung gestattete den Juden, als Rechtsanwälte vor Gericht aufzutreten.

Vom Tage.

Bestimmend ist es, daß in dieser Kundgebung von dem Kriege, geschweige denn von seiner Fortsetzung mit den äußersten Mitteln bis zum letzten Ende mit keinem Worte die Rede ist. Sie spricht nur von den Rechten und Freiheiten, die es zu erobern gilt. Sie vermeidet sorgfältig, den Krieg überhaupt nur zu erwähnen. Würde in der Bevölkerung, in den breiten Massen nur irgendein Funke von Kriegslust noch vorhanden, dann würde von den Milizkommanden und Konsorten diese Enthaltensweise nicht geübt worden sein. Daß sie zu ihr gezwungen sind, beweist, wie tief die russische Friedenssehnsucht greift und wie sorgfältig sie ihre eignen imperialistischen Ziele verhüllen, fallen lassen müssen.

Das hat allerdings den neuen Minister Miljukow nicht abgehalten, Vertretern der Agenturen Havas, Reuters und der Associated Press, sowie des „Temp“ am Donnerstag zu erklären: Das von uns zu lösende Problem besteht in der Wiederaufrichtung der Macht Rußlands derart, daß es imstande ist, dem Volk den endgültigen Sieg über den Feind zu verschaffen. Das große Verbrechen der alten Regierung besteht darin, daß sie das Land in eine vollständige Desorganisation stürzte und ihm schwere Prüfungen auferlegte. Die Verhältnisse hätten sogar einen gefährlichen Einfluß auf den Ausgang des Krieges haben können. Die zunehmende Unzufriedenheit der Bevölkerung verurteilte eine Wendung der Ereignisse. Der Zorn des Volkes war derart angegriffen, daß die russische Revolution unter allen Revolutionen die kürzeste Zeit beanspruchte und die am wenigsten blutige war. Die alte Regierung sah sich vollständig isoliert. Tatsächlich hatte niemand Vertrauen zu ihr. Die letzten großen Ereignisse ermöglichten dem Volk, das Vertrauen in die eigene Macht wiederzugewinnen. Sie sollen den Enthusiasmus des Volkes erhöhen und die nationalen Kräfte vervielfachen und endlich ermöglichen, den Krieg zu gewinnen. In den letzten Tagen fehlten die Vorgänge in der Duma die Aufmerksamkeit der gesamten Öffentlichkeit. Die Duma war der Mittelpunkt der ungeheuren moralischen Kraft. Nun verfuhr die Duma auch über materielle Kraft, da das Heer sich an ihre Seite stellte. Stündlich treffen Nachrichten über die fortschreitende Zunahme der Machterweiterung der nationalen Vertretung ein.

Die Revolution hat nunmehr auch nach Finnland übergegriffen. Der finnische Generalgouverneur Szen wurde verhaftet und der Dumaabgeordnete Rodiffow zum Generalgouverneur ernannt. Nach Briefmeldungen wurde der gesamte finnische Senat von der neuen Regierung abgesetzt.

Die Republikaner in Finnland nähern bereits die Situation aus. In einer sozialistischen Versammlung in Helsinki verlangte ein Redner die Errichtung einer finnischen Republik im Bündnis mit den künftigen russischen Republiken Petersburg, Romgorod und Gifland.

Aus dem weiteren Lauf von Meldungen wollen wir nur kurz zitieren, daß Sazonow und ebenfalls eine Reihe Offiziere es abgelehnt haben, von der Seite der Revolutionäre ein Portefeuille anzunehmen. — Die Lebensmittelversorgung soll einigermaßen klappen, die Städte und Dörfer wurden telegraphisch erjagt, die Bauern zur Anfuhr von Weizen und Getreide angezogen. — In der Hauptstadt wird noch hier und da geschossen, wenn die Polizei aus ihren besten Stellungen auf den Dächern Feuer eröffnet. Wenn man Postkisten findet, wird rasch mit ihnen abgerechnet. Nach den letzten Nachrichten aus Stockholm nähert sich die Revolution immer mehr dem anarcho-sozialistischen Fahrwasser. — Es kann als zweifellos festgestellt werden, daß die englische Regierung seit geraumer Zeit über die ernste Lage in Rußland im Klaren war. Der englische Gesandte in Moskau, Buchanan, hat den liberalen Elementen und Wählern geschrieben. Lord Milner, der kürzlich in besonderer Mission in Rußland war, hat auf den Jaren einzuwirken veriaßt, den liberalen Forderungen und Wünschen zu entsprechen. Dieser aber hat abgelehnt und so kam es zur Erhebung.

Ueber die Revolution in der russischen Gegend ist in Stockholm von der neuen Regierung ein Bericht zugegangen, in dem es heißt:

Bereits in der vergangenen Woche wurde sich der jüngere Herr der Lage schon bewußt, daß sich unter den Soldaten und Soldatenstrassen ein Aufstand zu bilden und Bedenken heraufzujagen, gegen die demokratische und demokratische Kräfte einzuschlagen. Es ist ein Sonntag geworden, an dem ein russischer Soldat gelegentlich die Bedenken zu den liberalen Elementen und Wählern und in der Hauptstadt in der Hauptstadt. In der Hauptstadt sind die Bedenken der liberalen Elementen und Wählern zu hören. Beide Teile waren einig, daß gewisse die Ruhe nicht aufzuheben würde und daß die Soldaten zu hören wären, falls der Kommandant den Befehl, auf die Rekruten zu hören, nicht aufheben würde. Im Sonntag begannen niedrige Solddaten in der Hauptstadt, die liberalen Elementen und Wählern zu hören. Die liberalen Elementen und Wählern zu hören. Die liberalen Elementen und Wählern zu hören. Die liberalen Elementen und Wählern zu hören.

Die Duma-Abgeordneten begannen sich zu versammeln. Der russische Reichstag, der seit dem Beginn des Krieges in der Hauptstadt tagte, hat sich in der Hauptstadt versammelt. Der russische Reichstag, der seit dem Beginn des Krieges in der Hauptstadt tagte, hat sich in der Hauptstadt versammelt. Der russische Reichstag, der seit dem Beginn des Krieges in der Hauptstadt tagte, hat sich in der Hauptstadt versammelt. Der russische Reichstag, der seit dem Beginn des Krieges in der Hauptstadt tagte, hat sich in der Hauptstadt versammelt.

Der deutsche Heeresbericht nennt heute die planmäßig von uns geräumten Stellungen zwischen Arras und der Oise, wodurch verschiedene französische Meldungen über die Lage an der Westfront bestätigt und erklärt werden. Es ist bezeichnend, daß die feindlichen Nachrichten sich äußerst zurückhaltend, man möchte fast sagen, mißtrauisch über ihre Erfolge ausdrücken. Es fehlen bei der Nachricht von der Besetzung von Bapaumes alle Angaben von Gefangenen und Beute, was doch kaum mit Behärdlichkeit zu erklären ist, und das ist auch sehr wohl begreiflich, wenn man im Auge behält, daß die Verchiebung der deutschen Front um wenige Kilometer nach rückwärts ebenso wie an der Aisne keineswegs eine Wirkung der französischen oder englischen Waffen ist, sondern eine wohlüberlegte Maßnahme der Hindenburgischen Heeresleitung, die wohl vor allem darauf ausgeht, die Front zu verkleinern und die einzelnen Stellungen möglichst zu verbessern, um die Sturzheit des Stellungskrieges zugunsten der eigenen Initiative zu brechen. Daß dabei von unserer Seite den Franzosen nicht bequeme Federbetten überlassen werden, sondern ganz im Gegenteil ein systematisch aller Hilfsmittel entkleidetes, unbrauchbar gemachtes wüstes Gelände, ist selbstverständlich. Das wird nach ausdrücklich durch die französische Erklärung bezeugt, daß der Fiegerangriff auf Frankfurt eine Vergeltung für die Vernichtung von Bapaumes sei. Englische Zeitungen haben bereits offen eingestanden, daß die Übernahme der deutschen Frontlinie an der Aisne den Engländern bisher nur Koppferbrechen und Opfer gebracht hat. Davon können auch die feindlichen Meldungen von erfolgreichen Kämpfen bei Rone nichts ändern.

In Frankreich ist nunmehr die Ministerkrisis vorüber. Briand hat dem Präsidenten Poincaré die Demission des Kabinetts überreicht. Nachdem seine Verträge, das Ministerium durch neue ihm genehme Kräfte zu ersetzen, anscheinend misslungen waren, will er dem Präsidenten Poincaré die Entscheidung über das weitere Schicksal des Landes überlassen. Wer wird sich nun bereit finden, in dieser verzwickten Lage die Zügel in die Hand zu nehmen?

In der italienischen Kammer hielt Sonnino eine Rede, die nichts Neues bot. Wie nicht anders zu erwarten, erklärte er, daß die russische Revolution eine eigene Angelegenheit des Landes sei. Als er eine Lobeshymne auf England sang, forderten die Sozialisten die Forderung der englischen Verpflichtungen während der römischen Konferenz. Sonnino weigerte sich, diesem Verlangen nachzukommen, um den Feinden nicht in die Hände zu arbeiten. Darauf entstand lebhafter Tumult. Die Abgeordneten beschimpften sich gegenseitig. Der Präsident rief: Die Sozialisten wollen die parlamentarische Wirklichkeit verhindern! Der Tag ist nicht mehr fern, wo die Mehrheit der Sozialisten aus der Kammer hinausjagen wird! Nunmehr sprangen alle Sozialisten auf, nährten mit erhobenen Fäustern gegen den Präsidenten und riefen: „Wage es doch, ihr schwächelnden Reaktionen, ihr kleinlichen Döner!“ Nach endlicher Wiederherstellung der Ruhe erklärte Sonnino herausfordernd, daß die Regierung gerne zurücktreten wolle, wenn die Kammer es für notwendig halte. Er wurde härmlich beifällig.

Der Kohlenmangel macht sich in Italien immer fühlbarer bemerkbar, nach Nachrichten aus Lagnos sind sogar schon Munitionsbetriebe gezwungen, nur noch halbtagig zu arbeiten zu lassen. Das dürfte allerdings wohl in der Hauptstadt auf die Erziehung der Zukunft der englischen Kohle zurückzuführen sein. Denn daß die Engländer nicht einmal mehr die Kohlen für ihre Verbündeten für die Munitionsindustrie liefern wollen, erscheint ausgeschlossen. Die Kohlenhandlung in London soll ein Mangel an Rohmaterialien zu sein. In einzelnen Städten sollen Truppen zur Aufrechterhaltung der Ordnung zurückgelassen worden sein. So heißt es auch von der letzten Nachrichten über Lebensmittelmangel in geographischen Ländern gegenüberstehen mag. So scheint uns doch in Italien die Lage infolge unrationeller Verteilung der ohnehin knappen Rohmaterialien eine derartige zu sein, daß wir die Möglichkeit der Meldungen von einer allgemeinen Kriegsmüdigkeit im Lande trotz der Vorgänge in der Kammer nicht bezweifeln.

Der frühere amerikanische Soldat in Berlin, Gerard, ist in Kassel angekommen und mit einer Ovation empfangen worden. Gerard hielt auf der Treppe des Rathauses eine Ansprache, worin er, nach vorheriger Erklärung, daß es zum Kriege zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland kommen werde. Er glaubt, daß die meisten Deutsch-Amerikaner sich als regimentern empfinden würden. Er selbst würde sich an die Spitze eines Regiments tapferer Streiter stellen. — Vor einigen Wochen hätte man aus dem Munde des jetzt in Berlin Gerard allerdings andere Worte, die weniger auf eine kriegerische Luft schließen ließen. Aber das nennt man ja wohl Diplomatie, von der wir gewöhnlichen Sterblichen nichts verstehen dürfen.

Die französischen Meldungen in Anvers gehen weiter. Die Befestigungen der gesamten Festungsreihe der Aisne sind unmittelbar besetzt. Innerhalb wurden als notwendige Maßregel für den Fall einer Evakuierung von Anvers die Befestigungen der Aisne unter französischer Aufsicht gestellt. Die Befestigungen sollen im Falle einer Evakuierung von Anvers unter französischer Aufsicht gestellt werden. Die Befestigungen sollen im Falle einer Evakuierung von Anvers unter französischer Aufsicht gestellt werden.

Vom den Kriegsschauplätzen.

Die Kriegslage.

379. Großes Heerquartier, 18. März. (Amlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Bei Dees letzter unsere Truppen 18 Gefangene aus der englischen Front. Sederwärts von Arras drängen feindliche Erkundungsbataillone von Ballois bis gegen unsere Stellungen vor; doch werden sie durch Feuer abgewiesen. Bei Remousant und Tillon wurde eingedrungen. Gegner in Richtung von Dees und bei eine Anzahl Gefangener in unserer Hand.

Südlicher Kriegsschauplatz.

Im Süden von Arras und bei Dees haben die Engländer und Franzosen in den von uns planmäßig aufgegebenen Geländebereichen einen heftigen Stellungskrieg mehrere Tage lang. Bei Dees, Arras, Remousant, Rone und Roson besetzt. Unserer Stellung haben der Feinde erhebliche Verluste zu und müssen diese, wie bereits, aus.

Südwestlicher Kriegsschauplatz.

Nach dem letzten Mass-Übergriffen in den Morgenstunden zwei französische Heereszüge des von uns am 16. März gewonnenen Terrainfeld südlich der Oise, der Gegend von Arras, sind durch die englischen 7. u. 8. Div. zurückgewonnen.

Östlicher Kriegsschauplatz.

Bei Arras sind die Fronten bei Dees, südlich von St. Witz, wieder erneuert. In der Richtung von Arras sind die Fronten bei Dees, südlich von St. Witz, wieder erneuert. In der Richtung von Arras sind die Fronten bei Dees, südlich von St. Witz, wieder erneuert.

Mazedonische Front.

Starke Angriffe der Franzosen zwischen Ochrida- und Prespa-See sind abgefohlen worden. Der schwere Kampf um die Berggelände nördlich von Monastir hat dem Gegner keine wesentlichen Erfolge gebracht. Die feindlichen Höhen, die auch nachts vergeblich angegriffen wurden, sind fest in unserer Hand.

Der Erste Generalquartiermeister Lubendorff.

Wien, 17. März. (Amlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Nördlich des Dittow-Basses, westlich von Solotwina und südwestlich von Stanislaw wurden russische Vorstöße abgefohlen. In den Waldpartien von Erfolg begleitete Patrouillenerfolg. Nördlich des Dittow bei beträchtlicher Kälte geringe Kampf-tätigkeit.

Südwestlicher Kriegsschauplatz.

Auf der Gostabilla eroberten unsere Truppen die am 1. März verlorene Vorstellung zurück, nahmen 3 Offiziere und 34 Mann gefangen und erbeuteten 2 Maschinengewehre.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Aus Albanien nichts zu melden.

BIS. Berlin, 18. März, abends. (Amlich.)

In dem von uns freiwillig geräumten Geländebereich zwischen Arras und Aisne besteht nur an einigen Stellen Gefechtsberührung unserer Sicherungen mit feindlicher Infanterie und Kavallerie. Heiderseits der Maas zeitweilig rege Gefechts-tätigkeit. In der Ostfront nichts Besonderes.

Die Kämpfe zwischen Ochrida- und Prespa-See und nördlich von Monastir sind heute wieder aufgelegt und sind noch nicht abgeschlossen.

Wien, 18. März. (Amlich.)

Westlicher und Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Nichts zu melden.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Auf der Gostabilla scheiterte ein Gegenangriff der Italiener in unserem Sperrfeuer.

Frankreich und Belgien.

Die Kämpfe im Westen

im englischen und französischen Spiegel. Der englische Bericht vom 17. d. Ms. besagt: Bapaumes wurde nach hartem Kampfe mit deutschen Nachhutern genommen. Südlich der Somme besetzten wir feindliche Stellungen auf einer Front von ungefahr 16 Meilen. Wir besetzten die Dörfer Fresnoy, Horgnpuillers, Carbonnel, Barleux, Esterpigny und La Mailloisette, nördlich des Flusses besetzten wir Le Transloy, Hivillers und Valenciennes, Abloisville, Ducquoy, Chant. Bapaumes wurde vom Feinde systematisch geplündert. Alle Privathäuser und öffentlichen Gebäude wurden zerstört, alle wertvollen Gegenstände fortgeschleppt oder verbrannt. Unter Bormarsch ging während des Tages auf beiden Sommerlinien rasch voran. Wir hatten das Gehölz Quesnoy, 1500 Yards nordöstlich Chant, besetzt und gewannen die westlichen und nordwestlichen Verteidigungsanlagen von Monchy aux Bois. Wir führten morgens erfolgreiche Vorstöße östlich und nordöstlich Arras aus. Die Unterzünungsline des Feindes wurde erreicht; zwei Maschinengewehre und eine Anzahl Gefangener wurde eingebracht. Nordöstlich Vermelles wurde nachts ein feindlicher Stützpunkt vertrieben. — Gestern fand ein Gefecht zwischen einer unserer Flugzeugpatrouillen, die aus acht Flugzeugen bestand, und 16 feindlichen Apparaten statt. Nach einem Kampfe von 20 Minuten wurde die feindliche Formation zur Auflösung gezwungen. Zwei deutsche Flugzeuge wurden zerstört, zwei weitere beschädigt und zum Niedergehen gezwungen. Alle unsere Maschinen sind zurückgebracht.

Und die Franzosen melden vom 17. abends: Auf der ganzen Front zwischen Andechy und der Oise verweigerte der Feind die Schlacht und räumte unter dem Druck unserer Truppen die mächtigen und klug besetzten Stellungen, die er seit zwei Jahren gehalten hat. Heute danerte unsere schnelle Vorwärtsbewegung an; die Spitze unserer Vorhut drang, den Feind verfolgend, in Rone ein. Der Feind sprengte Straßen und Plätze im Innern des Dries. Ungefahr 800 Einwohner der Zivilbevölkerung, die die Deutschen wegen Mangels an Zeit nicht mehr hatten evakuieren können, bereiteten unsern Soldaten einen entzücklichen Empfang. Im Norden und Osten von Cassigny, das wir gleichfalls besetzt haben, haben wir mehrere Punkte der Straße von Rone nach Ronpont erreicht und sie sogar überschritten. Bei der Verfolgung haben wir Gefangene gemacht, deren Zahl noch nicht festgestellt ist. — Recht lebhafter Artilleriekampf in der Champagne, in der Gegend von Mailion de Champagne und auf dem rechten Ufer der Maas im Abschnitt von Le Chambrettes und im Courieres-Valde. Auf dem linken Massener richteten wir ein wirkungsvolles Zerstörungsgewehr auf die deutschen Anlagen in der Gegend von Avocourt. — Von der übrigen Front nichts zu melden. Im Laufe der Nacht vom 16. zum 17. März haben Schwärme feindlicher Anlagen in der Gegend von Arnaville, Fabriken und Hochöfen bei Wolklingen, wo ein großer Brand festgestellt wurde, sowie die Bahnhöfe in der ganzen Gegend von Ham und St. Quentin mit Bomben besetzt. Alle Flugzeuge sind unbeschädigt zurückgebracht. — Als Vergeltungsmaßregel für den Brand von Bapaumes hat eines unserer Flugzeuge am Sonnabend Frankfurt a. M. mit Bomben belegt. — Flugweisen. Morgens gegen 5 1/2 Uhr wurde Zeppelin L. 39, der neben der Gegend von Paris überflog hatte, über Compiègne in einer Höhe von 3500 Metern von dem Feuer unserer Fiegerabwehrgeschütze getroffen und ging in Flammen in Compiègne nieder. Weder der Niedergang des Luftschiffes noch die Explosion der Bomben verursachten Schaden. Die ganze Befestigung kam um.

England.

Lufteinwirkung auf London und die südöstlichen Grafschaften.

BIS. Berlin, 18. März, 1917. (Amlich.)

In der Nacht vom 16. zum 17. März hat ein Marine-torpedoschiff trotz heftiger Gegenwehr durch feindliche Fieger und Abwehrschiffe London in halbständigem Angriff und die südöstlichen Grafschaften Englands erfolgreich mit Bomben besetzt. Die Luftschiffe sind wohlbehalten zurückgebracht bis auf L 39, das nach französischer Meldung bei Compiègne (nördlich von Paris) in einer Höhe von 3500 Metern durch das Feuer französischer Abwehrschiffe zum Absturz gebracht ist.

Der Ober des Admiralschiffs der Marine.

Hierzu erfahren wir von zuständiger Stelle noch folgende Einzelheiten:

Von den Luftschiffen wurden auf dem unter ihnen liegenden Komplex von London nicht weniger als 50 bis 60 Scheinwerfer beobachtet, unter deren Beleuchtung sie heillos mit Brandgranaten erfolglos beschossen wurden.

Zustangriff auf Margate.

WZB. Berlin, 17. März. (Amtlich.) Am 16. März vorm. wurden die Bahnhofs- und Schuppenanlagen von Margate von einem unserer Marineflugzeuge erfolgreich mit Bomben beworfen.

Der Seetrieg.

Erneuter Vorstoß in die englischen Gewässer.

WZB. Berlin, den 18. März. (Amtlich.)

Eines unserer Marineflugzeuge besetzte am 17. März nachmittags den Hafen und die Gasanstalt von Dover mit Bomben. In der Nacht vom 17. zum 18. März brachen Teile unserer Seestreitkräfte erneut in die Straße von Dover-Calais und die Themsemündung ein.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Die Februar-Ausbeute des uneingeschränkten U-Boot-Krieges.

Im Februar wurden durch U-Boote und Minen, soweit festgestellt, 781 000 Br.-Reg.-T. Frachtraum versenkt. Davon entfallen mindestens eine halbe Million auf englische Schiffe. Mit voller Genauigkeit läßt sich diese Zahl nicht ermitteln, weil nicht bei allen versenkten Schiffen die Ladung festzustellen gewesen ist.

Interessant ist übrigens auch, daß die Ziffer der im Februar versenkten Schiffe mit 781 000 Tonnen bei weitem höher ist, als die Ziffer der Neubauten des ganzen Jahres 1916.

Der Minentrieg.

Die englische Admiralität teilt mit: Ein Torpedobootszerstörer alten Typs stieß am 15. März im Kanal auf eine Mine und sank. Alle Offiziere wurden gerettet, ein Mann getötet. 28 Mann werden vermisst, die vermutlich ertrunken sind.

Die Wirkungen der deutschen Seepetere.

Die Ausfuhr aus dem Vereinigten Staates ging im Februar um dreißig Prozent zurück. Der Kapitän eines neutralen Schiffes, das im Februar England verließ, sah in Cardiff, Liverpool und Glasgow keine einzigen großen überseeischen Dampfer.

Allerlei Kriegsnachrichten.

Feindlicher Flieger über Frankfurt a. M.

Freitag morgen 8½ Uhr erschien ein feindlicher Flieger über Frankfurt und warf 6 feinstalbrige Bomben ab, von

Der amtliche Kriegsbericht.

WZB. Großes Hauptquartier, 19. März. (Amtlich.) Westlicher Kriegsschauplatz.

In den letzten Tagen wurde ein Landkrieg zwischen der Gegend von Arras und der Aisne von uns plangemäß geräumt. Die lange vorbereiteten strategischen Bewegungen wurden ohne Störung von dem nur zögernd folgenden Feind durchgeführt.

Gestern war nahe der Küste, an der Artoisfront und auf beiden Maasufem die Geschäftstätigkeit lebhaft. Nachmittags kämpften Kompagnien oft bewährter Regimenter den Südwestteil des Waldes von Malancourt und auf dem Osthang der Höhe 304 mehrere französische Grabenlinien in 500 und 800 Meter Breite und führten 8 Offiziere, 485 Mann, sowie mehrere Maschinengewehre und Minewerfer zurück.

Auch am Südhang der Höhe „Toter Mann“ brachte ein Vorstoß von Sturmtruppen mehrere Gefangene ein.

Auf dem Ostufer der Maas scheiterte wie am Vortage frühmorgens der Angriff mehrerer französischer Kompagnien nördlich der Cambrettes-Gr.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Keine wesentlichen Ereignisse.

Mazedonische Front.

Die Kämpfe zwischen Ohrida- und Prespa-See und im Westen von Monastir wurden gestern fortgesetzt. In der See-Enge und nordwestlich von Monastir sind die Franzosen zurückgeschlagen worden.

Deftlich des Doiran-Sees ist der Bahnhof Borozj nach Vertreibung der Engländer wieder von uns besetzt worden.

Der Erste Generalquartiermeister: Rudendorff.

116 000 Tonnen versenkt.

WZB. Berlin, 19. März. (Amtlich.) Neuerdings sind durch unsere U-Boote im Englischen Kanal, im Atlantik und in der Nordsee insgesamt 116 000 Brutto-Register-Tonnen versenkt worden.

denen eine auf dem Dach eines Hauses kletterte, während die übrigen in den Wain und das umliegende Gelände fielen. Außer einer nicht nennenswerten Beschädigung des Daches wurde keinerlei Schaden verursacht.

Aus Süden und den Nachbargebieten.

Montag, 19. März.

Erhöhung der Sätze für Naturalverpflegung. Durch eine Verordnung des Bundesrats vom 15. März 1917 sind die Vergütungssätze für Naturalverpflegung — sowohl für Offiziere, Sanitätsoffiziere und obere Beamte als auch für Mannschaften und Unterbeamte — mit Rücksicht auf die Teuerung für die Kriegsdauer wie folgt erhöht worden:

- a) volle Tageskost mit Brot 2 Mk., ohne Brot 1,55 Mk. (bisher 1,50 Mk. bzw. 1,35 Mk.)
- b) Mittagskost mit Brot 1 Mk., ohne Brot 0,95 Mk. (bisher 0,72 bzw. 0,67 Mk.)
- c) Abendkost mit Brot 0,67 Mk., ohne Brot 0,62 Mk. (bisher 0,62 Mk. bzw. 0,57 Mk.)
- d) Morgenkost mit Brot 0,33 Mk., ohne Brot 0,28 Mk. (bisher 0,31 Mk. bzw. 0,26 Mk.)

Die Heranziehung zum vaterländischen Hilfsdienst. Hierüber sendet uns die Hilfsdienststelle folgende Zeilen mit der Bitte um Abdruck:

Die Heranziehung erfolgt in der Regel zunächst durch eine Aufforderung zur freiwilligen Meldung. Wird dieser Aufforderung nicht in ausreichendem Maße entsprochen, so wird der einzelne Hilfsdienstpflichtige durch besondere schriftliche Aufforderung herangezogen.

Die allgemeine Aufforderung wendet sich nicht an bestimmte Personen oder Personengruppen, sondern gibt ja dem Hilfsdienstpflichtigen Gelegenheit, seine Kräfte dort zur Verfügung zu stellen, wo es ihm zweckmäßig erscheint.

Entspricht das Ergebnis der freiwilligen Meldung nicht den Erfordernissen, so wird dem einzelnen Hilfsdienstpflichtigen durch besondere schriftliche Aufforderung angelegt, eine Hilfsdienstleistung aufzunehmen, wobei er gleichzeitig auf eine vorhandene Arbeitsgelegenheit hingewiesen wird.

Kündigungsfrist über zwei Wochen, so ist in der Einberufung ein wichtiger Grund zur fristlosen Auflösung des Arbeitsverhältnisses zu erlösen. In diesem Falle kann jedoch der Hilfsdienstpflichtige, sowohl wie sein bisheriger Arbeitgeber bei dem Ausschluß, von dem die Aufforderung ergangen ist, Vorstellung erheben.

Die Aufforderung ist zurückzunehmen, wenn die Auflösung des bisherigen Beschäftigungsverhältnisses einen übermäßigen Schaden bereiten würde, sofern nicht das Bedürfnis des Hilfsdienstes überwiegt. Auch kann die zweiwöchige Frist verlängert werden.

Das Gesetz bezeichnet das vorstehend geschilderte Verfahren jedoch nur als den Regelfall. Es ist also nicht ausgeschlossen, daß die besondere schriftliche Aufforderung durch eine an einen bestimmten Personenzweck gerichtete öffentliche Aufforderung ersetzt wird, oder daß im Falle außerordentlichen Bedarfs auch ohne besondere Aufforderung die Ueberweisung zu einer bestimmten Hilfsdienstleistung erfolgt.

Bestädigtes Papiergeld. Das bestädigte oder verächtliche Papiergeld wird von niemand gern genommen und es mehren sich die Fälle und Beschwerden, wo Publikum oder Geschäftleute die Annahme verweigern.

Papiergeld, zu dem zurzeit auch die Darlehnskassenscheine neben den Reichskassenscheinen und Reichsbanknoten gehören, besitzt bekanntlich Zwangskurs und muß als Geld angenommen werden. Bestädigtes, d. h. zerrissenes, durchlöcheres oder mit Papier zusammengeklebtes Papiergeld braucht jedoch nicht angenommen zu werden, kann aber bei jeder Reichsbankstelle gegen gebrauchsfähige Scheine umgetauscht werden.

wb. Sanatheater. Ein Walzertraum von Oskar Straus. Eine der besten unter den neueren Operetten. Letzte, ganz leise Klingel durch den Raum, liebliche Weise — Walzertraum. „Einmal im Leben, eh' es vorbei, einmal noch leber — im Monat Mai!“

Ein sehr zeitgemäßes Jubiläumsgeschenk. Das große bekannte Modehaus Gebrüder Rohlfshohn in Hamburg feierte diese Tage das Jubiläum ihres 25jährigen Bestehens.

Süden-Königsberger Dampfschiffahrt-Gesellschaft. Der Reingewinn für das Geschäftsjahr 1916 beträgt 75 488 (1917) Mark. Die Versammlung beschloß die Verteilung einer Dividende von 15 (4) Prozent.

ph. Zur Anzeige gebracht wurde ein Laufbüchse eines hiesigen Geschäftes, welcher seinem Prinzipal Waren im Werte von etwa 200 Mk. gestohlen hatte, sowie drei Kaufmannslehrlinge, welche die gestohlenen Waren weiterverkauft und sich der Helferei schuldig gemacht hatten.

ph. Helferei. Festgenommen wurde ein wegen Betruges bereits erheblich vorbestrafter Schankwirtvertreter aus der Fleißhauerstraße, der einen größeren Wert gestohlene Waren zum Preise von 4,75 Mk. das Pfund gekauft und diese für 8 Mk. das Pfund wieder verkauft hatte.

ph. Einen Pelztragen gestohlen. Festgenommen wurde ein Dienstmädchen aus Trarbach, das in einem hiesigen Warenhaus einen wertvollen Pelztragen gestohlen hatte.

ph. Ergreifen und dem Marzallgefängnis zugeführt wurden drei russische Zivilgefangene, von denen einer von seiner Arbeitsstelle in Rabel und zwei von ihrer Arbeitsstelle in Schwarzenberg entlaufen waren.

Theater und Musik.

Stadttheater. Wie es Euch gefällt, Lustspiel von Shakespeare. Eine andere, lieblichere Welt als die unsere ist es, in die uns der Dichter in seinem unvergänglichen Lustspiel hineinführt.

Neueste Nachrichten.

Frankfurt a. M., 18. März. Aus Bern wird der 'Frankfurter Zeitung' gemeldet: Nach einem Pariser Privattelegramm vom 17. März...

Dugano, 18. März. In der gestrigen Sitzung der römischen Kammer wurde der Antrag...

Verantwortlich für die Rubrik 'Aus Lübeck und den Nachbargebieten' und die mit P. L. gekennzeichneten Artikel: Paul Löwig...

Aus der Handlung sei nur dieses mitgeteilt: Der rechtmäßige Herzog ist von seinem Bruder vertrieben worden...

Der ganze Himmel freut sich, Wenn irdischer Dinge Streit sich In Frieden endet.

Diese Worte Homers segnen den Bund der Herzen. Auf lauhender Au tangen glückliche Menschen...

Muß gehört so selbstverständlich zu dieser Komödie, wie zum 'Sommerachtsstraum'. Zücher, dem wir manche schöne Volkslieder danken...

guden lassen, so ist die Komposition doch durchaus selbständig und zeugt von bemerkenswerter eigener Erfindungsgabe...

Die lebendige Aufführung der Komödie erfolgte unter der sorgfältigen Leitung des Herrn Direktor Frachs. Wohl selten sind hier so schöne, stimmungsvolle Bühnenbilder gesehen worden...

Aufforderung zur Anmeldung für den vaterländischen Hilfsdienst.

Auf Grund der Anführungsverordnung des Senates vom 10. März 1917 werden gemäß der Bekanntmachung des Stellvertreters des Reichskanzlers vom 1. März 1917...

Alle im Gebiete der freien und Hansestadt Lübeck wohnenden männlichen Deutschen, die in der Zeit nach dem 30. Juni 1857...

Die mündliche Meldung erfolgt:

- A. Für die in Lübeck selbst wohnhaften Meldepflichtigen: deren Familienname mit den Buchstaben A, B oder C beginnt...

in der Zeit zwischen 12 und 2 Uhr mittags und 6 und 8 Uhr abends in Lübeck im Stadt- und Landamt, Abt. III, Parade 1.

C. Für die in den Landgemeinden wohnenden Meldepflichtigen: bei den Gemeindevorsteher bis zum 27. März 1917...

Hilfsdienstpflichtige ohne festen Wohnsitz melden sich am 27. März zu den angegebenen Meldeorten bei der Ortsbehörde...

Zu dieser Meldung auf Grund der Bundesratsverordnung vom 1. März 1917 sind auch diejenigen nicht mehr landunfähigen männlichen Deutschen verpflichtet...

Die schriftliche Meldung hat dieselbe Wirkung zu erfolgen, daß die Meldeorten der Meldepflichtigen bis zu dem Tage...

Es empfiehlt sich, von der Möglichkeit der schriftlichen Meldung bei der Ortsbehörde zu machen.

in der Kanzlei der Stadt- und Landämter, Breite Straße Nr. 6. in der Geschäftsnummer der Stadt- und Landämter, Breite Straße Nr. 41.

Die Meldeorten erhalten die Bestätigung ihrer Meldung, sobald sie mündlich oder schriftlich erfolgt ist...

Die Übertragung der Meldeorte an die Stadt- und Landämter erfolgt am 1. März 1917...

Die Meldepflichtigkeit bezieht sich auf die Personen, die am 1. März 1917 selbständig oder mitbeständig im Gewerbe tätig waren:

- 4. in der Land- und Forstwirtschaft, 5. in der See- und Binnen-Schifferei, 6. in der See- und Binnen-Schiffahrt...

Nicht befreit von der Meldepflicht auch dann sind Beschäftigte in anderen, nicht unter Ziffer 1-10 aufgeführten Betrieben...

Gibt ein bisher von der Meldepflicht Befreiter die unter Ziffer 1-9 berechnete Tätigkeit auf oder wechselt er seine Beschäftigung...

Der Einberufungsausschuß für Lübeck befindet sich Königsstraße Nr. 101.

Bei Beschäftigung im Reichs-, Staats-, Gemeinde- oder Kirchenamt hat der unmittelbare Vorgesetzte die Anzeige an den Einberufungsausschuß zu erlassen.

Die Vorschriften finden dann keine Anwendung, wenn ein bei einer Reichs-, Staats-, Gemeinde- oder Kirchenbehörde angestellter oder beschäftigter Beamter...

Gibt ein in die Nachweilung Aufgenommenener seine bisherige Tätigkeit auf oder wechselt seine Beschäftigung...

Mit Gehalts bis zu 3 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu Mk. 600. - wird bestraft, wer bei der Meldung...

Mit Geldstrafe bis zu Mk. 250. - oder Haft wird bestraft, wer die vorgeschriebenen Meldungen oder Mitteilungen schuldhaft unterläßt.

Lübeck, den 17. März 1917. Das Stadt- und Landamt.

Bekanntmachung.

Das Polizeiamt ordnet hierdurch für das Lübeckische Staatsgebiet auf Grund des § 19 der Bundesratsverordnung...

eine Bestandsanmeldung für Verbrauchszucker (einschl. Kandis) für den 21. März 1917

Anmelden sind nur die Bestände, welche mit Beginn des 21. März 1917 im Besitz der im Lübeckischen Staatsgebiet befindlichen Groß- und Kleinhändler sind.

Die Bestände der Bäckereibehaltungen, gewerblichen Betriebe wie Konditoreien, Bäckereien, Bonbonfabriken, Krankenkassen...

Die Bestände für die Bestandsanmeldung sind in der Geschäftsstelle des Polizeiamts, Breite Straße 63 I, Zimmer 3...

Der vorläufige Antrags über die Höhe seines Bestandes macht oder korrigiert am Freitag vor dem 21. März 1917...

Die durch Bekanntmachung vom 26. I. 17 vorgeschriebene Bestandsanmeldung für Kaffeebohnen, Kaffeebohnen, Kaffeebohnen...

Mehr Geschäft ist in dieser Woche noch von heute bis einschließlich Freitag zwecks Ausführung von Aufträgen geschlossen. Kuchens nicht mein Geschäft, General sei es!

Friedrich Michael, Lübeck, Breite Straße 23.

Vaterländischer Hilfsdienst

Öffentliche Versammlung

Donnerstag, 22. März 1917, abds. 8 1/4 Uhr im Marmorhalle des Stadttheaters.

Vortrag

des Leiters der Hilfsdienst-Meldestelle Lübeck Rat Dr. Einf über: Die Durchführung des Hilfsdienstgesetzes.

Nach dem Vortrag Beantwortung von Anfragen. Die Anfragen können vor dem Vortrage der Hilfsdienst-Meldestelle...

Alle an der Durchführung des Gesetzes Beteiligten sind willkommen.

Die Hilfsdienst-Meldestelle.

Lübecker Genossenschafts-Bäckerei

Außerordentliche General-Versammlung am Mittwoch, dem 28. März 1917, abends 8 Uhr

im Gewerkschaftshaus, Johannisstraße 50-52. Tagesordnung: Bewilligung von Mitteln zur Anlage einer Getreide-Entkeimung.

Anteilscheine legitimieren. Lübecker Genossenschafts-Bäckerei, e. G. m. b. H. Der Vorstand.

Ihre Verlobungszeigen hierdurch Emma Wulf Heinrich Röther

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Zahlstelle Lübeck.

Nachruf. Am 3. März starb im Allgemeinen Krankenhaus unter Kollegen, der Tischler Theodor Menke.

Hansa-Theater. Täglich abends 7 1/2 Uhr: Ein Walzertraum.

Stadttheater. Dienstag, d. 20. Februar 1917: Anfang 7 1/2 Uhr: Der Wildschütz.

Das Dreimäderlhaus. Donnerstag, den 22. März 1917: Anfang 7 1/2 Uhr: Aida.

Suche zum 1. Juli abgelaufen. Zwei-Zimmer-Wohnung mit Gasbrennherd, Bad, in der Erped. d. Hl. 7985

Für Tischler. 6 cm starke Bohlen (Mm.) zu verkaufen. (7975) Näh. Marqua-Str. 19. Nr. Zu kaufen gesucht (7977)

Jahresrückstellungen, Knochen, Eisen, Papier, Zeitungen, zu höchstem Tagespreis. Karl Kleinfeld, Wallenbofstr. 25. Telefon 2490.

Uhren-Reparaturen. Billige Preise. (7976) Gr. Auswahl in Wand-, Tisch-, Weck- und Taschenuhren. Hermann Voß, Uhrmacher, Büxstr. 71

Die Lage in Ostasien.

Von Dr. Paul Lensch, M. d. R.

Noch ist die Frage, ob China sich an der Seite der Ententemächte am Kriege beteiligen will, nicht endgültig entschieden.

China gegen die Zentralmächte in den Krieg zu treiben, war ein alter Plan Englands. Schon im November 1915 wurde China der Vorstoß gemacht, Deutschland den Krieg zu erklären.

Zudem war damit die Geschichte nicht abgetan. Je größer die Bedeutung des noch unberührten chinesischen Marktes für die Zeit nach dem Kriege erschien, desto größeren Wert legten die Verbündeten darauf, die Stellung Deutschlands in China vollkommen zu beseitigen.

Freilich darf man sich das nicht so vorstellen, als ob Japan nun einfach kapituliert hätte.

Je mehr sich der Weltkrieg seinem Ende zuneigt, desto mehr müssen die in Ostasien interessierten Mächte an die Zeit nach dem Kriege denken.

Arme wieder frei, und kann dann Arm in Arm mit Amerika die gefährdete Position im fernen Osten wiederherstellen. In Japan selbst nimmt man in einigen Kreisen an, daß das Säbelgerassel Amerikas gar nicht so sehr gegen Deutschland gerichtet ist.

Bei allen diesen Klängen und Entwürfen, Zügen und Gegenzügen spielt China als selbständige Macht überhaupt keine Rolle mehr.

Hauptauschuß des Reichsages.

Am Freitag wurde der Gesetzentwurf über die Besteuerung des Personen- und Güterverkehrs zu Ende beraten. Der Staatssekretär des Reichsfinanzamts hatte Berechnungen über die verschiedenen Möglichkeiten einer anderweitigen Gestaltung des Nachschurkundensteuerelements und der prozentualen Steuer vorgelegt.

Nach langer Besprechung der vorgelegten Berechnungen kam der Ausschuß zu dem Ergebnis, daß er einen Unterausschuß einsetze, der die verschiedenen Möglichkeiten unterziehen sollte, den Anregungen der Ausschußmitglieder Rechnung zu tragen.

Schuld und Sühne.

Roman aus dem Russischen von J. M. Dozjowski.

120. Fortsetzung.
„Genug; es ist Zeit! Vergiß mir, Unglückliche, Der Klepper ist abgetrieben!" rief sie verzweiflungsvoll und schmerzdurchbebt, mit dem Kopfe auf die Kissen niederknirschend.

nicht? Sie ist gewißlich kein „Angesieher“ gewesen, er wies mit dem Finger nach der Erde, wo die Verstorbene lag, wie jene alte Pfandbesitzerin. Jetzt sagt selbst, „soll Laßin leben und weiter lündern, oder muß jene sterben? Wenn ich hier nicht helfe, so wird Polja zum Beispiel denselben Weg betreten, auf welchem —“

des Entwurfs befreite und folgende Änderungen vorschlag: Im ersten Paragraphen, der die Bahnen bezeichnet, auf die die Steuer erhebt werden soll, werden die Seilbahnen endgültig befreit.

mühte er sich auch in diesen letzten Tagen, wie es sah, der offenen, vollen Erkenntnis seiner Lage aus dem Raje zu gehen. Einige Tatkassen, die eine sofortige Erklärung forderten, beunruhigten ihn ganz besonders; und doch, wie froh wäre er gewesen, hätte er sich von ihnen frei machen können, vor manchen Sorgen stehen, deren Berg ihnen ihm gleichwohl mit völliger und unvermeidbarer Bedrohung bedrohte.

die Straßenbahnerwartungen gewiß nicht verlegen sein werden, die weitere Erhöhung des Fahrpreises sachlich mit den veränderten Verhältnissen zu begründen. Es gäbe daher nach seiner Überzeugung kein Mittel, eine starke Preiserhöhung der Straßenbahnfahrten im Anschluß an die jetzt beschlossene Steuer zu verhindern, und dann könnte mit Recht der Vorwurf gegen den Reichstag erhoben werden, daß er zu dieser Verteuerung den Antrag gegeben habe. — Auf eine weitere Anfrage Keils wurde vom Staatssekretär v. Roeder ausdrücklich festgestellt, daß auch die Straßenbahn das Recht habe, billige Arbeiter-, Schülerkarten usw. auszugeben und daß dann für diese die neue Steuer nicht gilt.

Abg. G o t t e n fragt an, ob es nicht möglich wäre, die billigeren Arbeiterfahrarten auszuweiten auf Angestellte und Beamte bis zu einem gewissen Grade. — Der Vertreter der deutschen Eisenbahnen sagte zu, die Frage zu untersuchen; er hält aber eine Lösung für schwierig.

Abg. S c h i e l e verlangte, daß dann in diesem Fall auch die Arbeiter mit einem bestimmten Einkommen berücksichtigt werden sollten. Er glaubt nicht, daß derartige Wünsche erfüllt werden können.

Damit war die Beratung zu Ende.

Arbeitsnachweis und Abgeordnetenhaus.

Die Generalkommission der Gewerkschaften hat in Gemeinschaft mit den anderen Gewerkschaftsleitungen an das Abgeordnetenhaus eine Petition gerichtet, in der ein Ausbau des Arbeitsnachweises unter paritätischer Leitung gefordert wird. Es sollen in allen gewerblichen Orten, mindestens in solchen von 100 000 Einwohnern oder öffentliche paritätische Arbeitsnachweise errichtet, mit Ausnahmestellen an Orten verbunden und unter der Leitung eines Landesamtes für Arbeitsnachweis gestellt werden. Mit dieser Frage hat sich das Abgeordnetenhaus schon früher beschäftigt, aber immer gegen die Begründung paritätischer Arbeitsnachweise erklärt. Öffentliche Arbeitsnachweise ohne paritätische Verwaltung und Schonung der Arbeitgeberinteressen ist immer das Ziel gewesen. Nunmehr möchte die Kommission für Handel und Gewerbe sich mit dieser Petition befassen, die sie vor eine wichtige Entscheidung stellt. Die Regierung erklärte, daß die Petition durch die inzwischen erlassene Bundesratsverordnung überholt sei. Der Handelsminister habe darauf an die Regierungspräsidenten einen Erlaß hinausgegeben, in dem sie zur Förderung des Arbeitsnachweises aufgefordert werden. Ueber das Ergebnis konnte aber nichts mitgeteilt werden, als daß 1915 in Preußen 376 Nachweisstellen bestanden. Paritätische Verwaltungen liegen fast ausschließlich wegen eines Abkommens der Landwirtschaftskammern mit den öffentlichen Arbeitsnachweisen nicht überall durchzuführen. Das müsse der Entscheidung der Verwaltungsbehörden nach dem örtlichen Bedürfnis überlassen bleiben, ebenso die Errichtung von Fachabteilungen. Die Übertragung der Befugnis auf die paritätischen Ausschüsse, den Verwalter des Nachweises zu ernennen, sei nicht angängig, weil der Verwalter ein Beamter sein müsse, den nur die Behörde ernennen könne.

Demgegenüber wurde die Petition von den sozialdemokratischen Mitgliedern der Kommission und dem fortschrittlichen Berichterstatter zur Berücksichtigung empfohlen. Das Arbeitsnachweismittel würde noch heute keinerlei Ausgestaltung durch die verschiedenen Verwaltungsbehörden erfahren haben, wenn nicht die Militärbehörde eingegriffen hätte. Die Konfessionen, von denen ein Mitglied Ausbau durch Reichsgesetz wünschte, danach aber sogleich nach Belieben durch ein anderes Mitglied Abstand nahm, war für Uebergang zur Tagesordnung, da die Konventionen durch die Erfüllung der Regierung zufrieden gestellt waren. — Gleicher Ansicht waren die Nationalliberalen, die eine Zustimmung über jeden einzelnen der acht Punkte der Petition wünschten, um dann das, was nicht durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt wäre, der Regierung als Material zu überweisen. Schließlich wurde mit 10 Stimmen des Zentrums, der Freisinnigen, Fortschrittlichen und Sozialdemokraten eine Gesamtentscheidung beschlossen. Trotz des Sinnes der Sozialdemokraten, daß der Reichstag in seiner Kommission dieselbe Petition dem Reichskanzler zur Berücksichtigung überweisen habe, wurde die gleiche Behandlung mit 10 gegen 5 Stimmen abgelehnt. Zur Berücksichtigung stimmten nur die Sozialdemokraten, Fortschrittlichen und Zentrum. Mit Hilfe von zwei Stimmen der Freisinnigen wurde dann die Petition der Regierung mit 10 gegen 5 Stimmen zur Erregung überwiegen. Konfessionen und Nationalliberalen stimmten auch gegen diesen Antrag.

Gegenüber früherer Behandlung dieser Frage ist soweit ein kleiner Fortschritt erzielt, als man über die Ausgestaltung des Arbeitsnachweises nicht mehr zur Tagesordnung überging. Ob im Rahmen des Abgeordnetenhauses dasselbe Resultat erzielt werden wird, ist allerdings noch fraglich. Das Abgeordnetenhaus ist in sozialpolitischen Fragen stets zurückhaltender als der Reichstag.

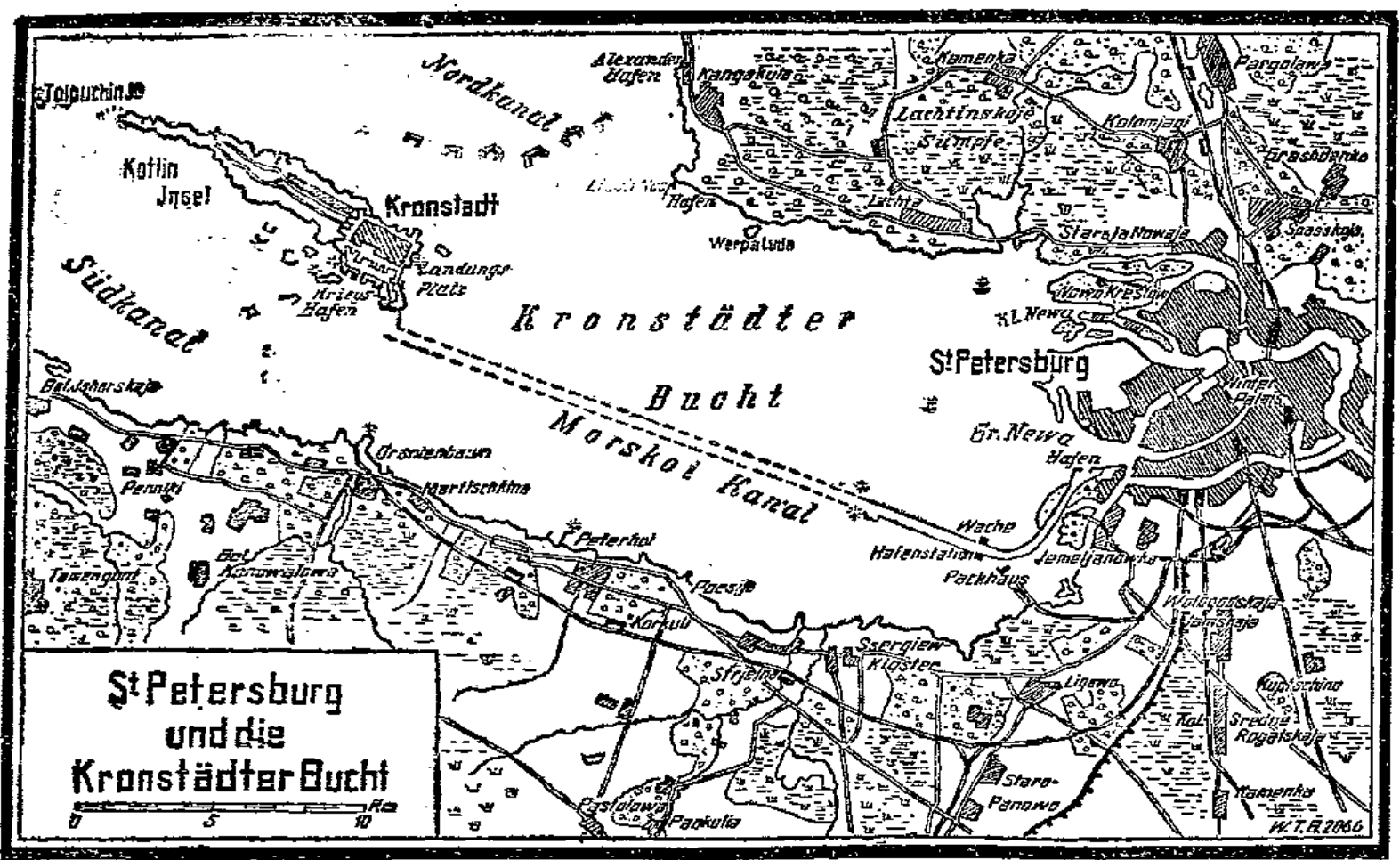
Ernährungsfragen.

Die Erzeugung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse.

Es ist keine Frage, daß das deutsche Volk nicht unerheblich leichter ernährt werden könnte, wenn die landwirtschaftlichen Erzeugnisse nicht von der Forderung der Sicherung und Bekämpfung der Lebensmittelpreise durch die Regierung und die verschiedenen Behörden so sehr behindert werden. Die Erzeugung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse ist in Deutschland zu sehr durch die verschiedenen Behörden behindert, als daß man erwarten kann, daß die Erzeugung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse in Deutschland zu sehr durch die verschiedenen Behörden behindert wird. Die Erzeugung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse ist in Deutschland zu sehr durch die verschiedenen Behörden behindert, als daß man erwarten kann, daß die Erzeugung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse in Deutschland zu sehr durch die verschiedenen Behörden behindert wird.

Dadurch wird die Allgemeinheit auf das schwerste geschädigt. Es kann aus den oben genannten Gründen, die den landwirtschaftlichen Erzeugnissen zu sehr behindert werden, nur sehr schwerlich zu erwarten sein, daß die Erzeugung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse in Deutschland zu sehr durch die verschiedenen Behörden behindert wird.

Dieser Zustand ist ein sehr bedauerlicher, und es ist zu hoffen, daß die Regierung die notwendigen Maßnahmen ergreifen wird, um die Erzeugung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse in Deutschland zu sehr durch die verschiedenen Behörden behindert zu werden.



Unsere Kartenleser gibt eine Übersicht über die Ausdehnung der Stadt Petersburg, die anderthalb Millionen Einwohner hat, von denen 4 Proz. Deutsche sind. Petersburg ist der geistige Sitz Rußlands, es ist die Zentrale für die Staatsverwaltung und namentlich auch für das Militärwesen und war vor dem Kriege selbstverständlich der erste Handelsplatz des russischen Reiches. Die Stadt zerfällt in 13 Stadtteile, deren ältester die sogenannte Petersburger Seite umfasst, die sich auf den Neva-In-

seln ausdehnt und noch von Peter dem Großen angelegt wurde, auf den auch die Anlage der Peter-Pauls-Festung zurückzuführen ist. Die hauptsächlichsten öffentlichen Gebäude befinden sich auf der gegenüberliegenden Seite der Neva und passen sich in erster Linie den Hauptstraßen an, welche Petersburg sternförmig durchqueren und unter denen der Neva-Prospekt die bedeutendste Anlage darstellt, in der sich das ganze öffentliche Leben der Stadt Petersburg vollzieht.

ähnliche Maßnahmen getroffen. Da stehen dann auf den Bahnhöfen Gendarmen und lassen die mitgeführten Pakete und Koffer durchsuchen und finden hier einmal drei Eier, dort ein Viertel Pfund Sutter, da ein Stückchen Bauernbrot. Auch wohl einmal 6 oder 10 Pfund Kartoffeln. Das wird dann konfisziert. Und ein hochnotpeinliches Strafverfahren wird gegen Käufer und Verkäufer eingeleitet und durchgeführt. Aber der große Schleißhandel, der die Kartoffeln nach Zentnern verhandelt, die Eier nach 100 Stück, Butter und Schinken die Menge und zu den ungeheuerlichsten Preisen, der geht ruhig seinen Gang weiter. Denn der wird durch eine derartige Bahnhofskontrolle nicht getroffen. Er weiß andere Wege und findet sie von Landrat und Gendarmen unbedeutend.

stimmigen Annahme, in der u. a. bedauert wird, daß die Regierung ihr Versprechen, den Abbau der hohen Lebensmittelpreise betreiben zu wollen, nicht gehalten hat. Sollte wider Erwarten die Erhöhung der Preise für Brot und Kartoffeln schon unabwendbar geworden sein, dann muß für die Arbeiter ein Ausgleich geschaffen werden durch entsprechende Lohnerhöhungen.

Will man den die Allgemeinheit wirklich ernstlich schädigenden Schleißhandel treffen, so muß man nicht am Bahnhof kontrollieren, sondern beim Erzeuger selbst. Und muß die Kontrolle immerwährend wiederholen. Dazu würden die vom preussischen Minister des Innern vorgeschlagenen Kreiscommissionen, die aus Angehörigen der Lieferungs- und der Bedarfsverbände zusammengelegt werden sollen, gut dienen können.

Gewerkschaftsbewegung.

Die amerikanischen Eisenbahner planen nach erfolgter Ablehnung ihrer Forderungen durch die Unternehmer einen Generalstreik auf allen öffentlichen Bahnen. Welcher Art die Forderungen sind, wird nicht mitgeteilt.

Der Unterstaatssekretär G r a e f e l s, der neue Ernährungsminister für Preußen, scheint auch der Ansicht zu sein, daß die bisherigen Maßnahmen zwecklos sind. Ueber Anstellungen, die er in dieser Angelegenheit am Montag gemacht hat, wird aus Berlin berichtet: Unterstaatssekretär R i c h a e l s beschäftigt, dem massenhaften Einmarsch von Nahrungsmitteln aus dem Lande in die Städte mit harten Maßregeln entgegenzutreten. In den Eisenbahnhöfen soll eine Kontrolle, namentlich über das große Gepäck, angelegt werden, doch sollen die Beamten die Anweisung erhalten, den Reisenden kleinere Mengen von Nahrungsmitteln, die eigentlich nur zum eigenen Bedarf mitgenommen werden, zu belassen. Es ist beabsichtigt, vor allem den zu einem förmlichen Geschäftszweig ausgewachsenen Schleißhandel im großen zu unterbinden, der Lieferungs- und der Bedarfsverbänden sehr bedeutende Mengen von Nahrungsmitteln entzieht.

Soziales.

Die Auswendungen des Reichs für die Kriegswahlfrüchtpflege. Im Jahre 1916 haben, wie eine amtliche Statistik ergibt, die für die Rechnung des Reichs gehaltenen Umkehrlöhne an Familienunterstützungen insgesamt 1 640 941 584 Mk. betragen. Sie verteilen sich auf die einzelnen Monate des Jahres folgendermaßen:

Januar 1916	127 083 289 60 Mk.
Februar 1916	128 636 877 75
März 1916	180 241 760 09
April 1916	128 770 965 47
Mai 1916	129 936 069 61
Juni 1916	138 541 072 80
Juli 1916	128 766 871 21
August 1916	128 292 251 56
September 1916	129 818 566 24
Oktober 1916	133 002 711 62
November 1916	138 888 822 21
Dezember 1916	218 663 076
Im ganzen Jahre	1 640 941 584 04 Mk.

Diese Summe ist gewiß recht beachtlich, nur schmunzelt sie sofort zusammen, wenn man berechnet, auf wie viele Köpfe sie sich verteilt. So umgerechnet würde sich ein Bild ergeben, das erkennen ließe, wie wenig ausreichend die jetzt gewährte Familienunterstützung ist.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Ein neuer Vorstoß gegen den Reichskanzler.

In den nächsten Tagen soll in Berlin ein neues, geheim gedrucktes, mit falscher Angabe des Druckers und Verlegers erscheinendes Werk in drei Teilen von mehr als 30 Bogen Umfang verendet werden, das die Angriffe, die „Junius alter“ gegen den Reichskanzler gerichtet hatte, wiederholt und verparakt. Das „Berl. Tagebl.“ ist in der Lage, aus dem Buch folgende Probe zu geben:

Aus dem Gerichtssaal.

21 700 Mark Geldstrafe für Preiswucher. Aus Diegnitz wird geschrieben: Eine empfindliche Geldstrafe verhängt das Gericht gegen den Leppichfabrikanten Heinrich Nie aus Grünberg, der sich unter der Anklage des Wuchers zu verantworten hatte. Der Angeklagte hatte während des Krieges für seine Fabrik einen Treibriemen gekauft und ihn mit ca. 2000 Mk. bezahlt. Treibriemen sind in gegenwärtiger Zeit ein begehrter Artikel, und als der Angeklagte Geld brauchte, beschloß er, den Treibriemen mit Gewinn weiter zu verkaufen. Er wandte sich an eine Firma in Berlin und bot dieser den Riemen für 7500 Mk. an. Die Berliner Firma hatte zwar keinen Bedarf an Riemen, sie mußte aber einen anderen Knecht haben, der den Riemen auch wirklich kaufte. Freilich war der Preis inzwischen wieder in die Höhe gegangen; der Riemen kostete jetzt nicht mehr 7500 Mk., sondern 8500 Mk. Ein ganz schöner Verdienst, selbst für Kriegszeit! Leider machte der Staatsanwalt einen Strich durch die Rechnung und erhob Anklage. Ein Sachverständiger behauptete, daß hier ein typischer Fall von übermäßiger Preissteigerung vorliege, da das Kilo gebräuchlicher Treibriemens jetzt nur mit 16—18 Mk. verkauft werden dürfte. Das Urteil des Gerichtshofs lautete auf eine Geldstrafe von 21 700 Mk.; im Nichtbeitragsfalle kommt für je fünf Mark ein Tag Gefängnis in Betracht.

Wenn also die Mobilisierungsverzögerung wirklich Ursache von Blut getrieben hat, wie Junius alter auf Grund militärischer Nachrichten angibt, ist es Herrn v. B. S. bis jetzt nicht gelungen, dieses Blut von seinen Händen abzuwaschen. Die Geschichte und der weitere Verlauf des Krieges werden entscheiden, inwiefern die Verzögerungspolitik des Kanzlers in der U-Boot- und Zeppeleinfrage und seine Friedensabmachungen den Krieg verlängert haben, und ob die erwähnten Ströme nicht schwache Bänke sind gegenüber einem Meer von Blut, das diesem Manne dann ins Schuldbuch zu schreiben wäre.

Flugplatzprozeß. Die Fabrikarbeiter Max Schimmel und Heinrich Schüler wurden am Freitag von der Civilstrafkammer des Landgerichts III Berlin wegen Aufreizung zum Klassenhass, begangen durch Verbreitung eines Flugblattes in einer Munitionsfabrik, zu je drei Monaten Gefängnis verurteilt, wovon zwei Monate auf die Untersuchungshaft angerechnet wurden. Die Angeklagten wurden aus der Haft entlassen. Der Staatsanwalt hatte je sechs Monate Gefängnis beantragt. Die Verhandlung fand wegen Gefährdung der Ruhe und Ordnung unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. — Die Arbeiterinnen Hermine Stroy und Elisabeth Tomach wurden am Freitag von der Civilstrafkammer des Landgerichts I Berlin wegen Verbreitung zweier Flugblätter am 27. Juni 1916, enthaltend Sympathieerklärungen für Liebknecht, und zwar weil auf den Flugblättern wieder ein Verleugner nach ein Drunder angegeben war, zu je sechs Wochen Gefängnis verurteilt. Der Staatsanwalt hatte je sechs Monate beantragt. — Die Verhandlung fand ebenfalls wegen Gefährdung der öffentlichen Ruhe und Ordnung unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt.

Herrn v. Bethman-Hollweg wird es auch besonders schwer angetan, daß er England das Angebot gemacht hat, unter der Voraussetzung der Neutralität Englands die territoriale Integrität Frankreichs zu gewährleisten. In dem Buch wird gesagt: Man denke sich denselben Fall einmal in einem Kolle, das noch nicht in so hohem Maße durch das Schlaglicht der jüdischen Presse zu keinen politischen Verband gebracht ist, wie das deutsche.

Aus Nah und Fern.

Jechenungskl. Auf Beche Entsch (Eisen a. d. Ru) ein unter Tage angebrachter Luftfessel. 5 Bergleute an durch umherfliegende Spitter tödlich, 4 schwer und 4 leicht verletzt. Ein Schwerverletzter ist nachts bald gestorben. Sämtlich in Lübed.